

INFO	Beschlüsse der Verkehrsministerkonferenz vom 9./10.10.2007 in Merseburg
AZ	112.41, 650.00, 797.10
Versandtag	12.11.2007
Info-Nr.	866/07

Aus dem Rundschreiben des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (42/2007)

Die Verkehrsministerkonferenz hat bei ihrer letzten Tagung am 09. und 10. Oktober 2007 in Merseburg eine Reihe von Verkehrsthemen behandelt, die auch für die Kommunen von großer Bedeutung sind. Beispielhaft ist auf die Bahnprivatisierung, darüber hinaus aber auf die Tagesordnungspunkte Fahrgastrechte im öffentlichen Personennahverkehr, Änderung der Straßenverkehrsordnung, Zulassung von Riesen-LKW's oder das Querschnittsthema „Klimaschutz im Verkehr“ hinzuweisen.

Die Verkehrsminister des Bundes und der Länder haben bei ihrer Sitzung am 09. und 10. Oktober 2007 in Merseburg folgende Beschlüsse gefasst:

Privatisierung DB AG

Die Verkehrsministerkonferenz (VMK) hat sich gegen den vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) vorgelegten Gesetzentwurf zur Privatisierung der Bahn gewandt. Am 24. Oktober soll eine Arbeitsgruppe der VMK zum Thema Bahnprivatisierung erneut zusammentreten. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 12. Oktober ebenfalls die Privatisierung der DB AG in der vorliegenden Form abgelehnt.

Reduzierung des Lärms durch Güterverkehr auf der Schiene

Der sog. „Schienenbonus“ im Bundesimmissionsschutzgesetz soll überprüft werden. Der Schienenbonus bedeutet, dass Lärmimmissionen im gewissen Umfang über den zulässigen Grenzwerten liegen dürfen, wenn sie schieneninduziert sind. Das BMVBS wird gebeten, im Frühjahr 2008 über die Ergebnisse eines Forschungsvorhabens zur Belästigungswirkung von verschiedenen Verkehrslärmarten sowie über Untersuchungen zum Schlafverhalten unter Berücksichtigung von realen Lärmcharakteristiken bei bestehenden Eisenbahnstrecken zu berichten.

Alle Gt-Infos sind ausschließlich für den internen Gebrauch durch die Mitglieder bestimmt.
Weitergabe ist nur mit Zustimmung des Gemeindeflags zulässig.

Herausgeber Gt-info:

Gemeindeflag Baden-Württemberg
Panoramastr. 33, 70174 Stuttgart
Telefon: 0711 / 2 25 72 - 0
Telefax: 0711 / 2 25 72 - 47
Internet: <http://www.gemeindeflag-bw.de>
E-Mail: zentrale@gemeindeflag-bw.de

Fahrgastrecht im öffentlichen Personenverkehr

Die VMK hält eine Stärkung von Fahrgastrechten im öffentlichen Personenverkehr für geboten. Sie schließt den Nahverkehr ausdrücklich ein. Die VMK fordert das BMVBS auf, rechtzeitig vor der nächsten Frühjahrssitzung 2008 einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Fahrgastrechte vorzulegen.

Klimaschutz in der Verkehrspolitik

Für die Verbesserung des Klimaschutzes in der Verkehrspolitik gibt es einen nationalen 8-Punkte-Plan, um die ehrgeizigen Ziele auf EU-Ebene (vereinbart beim G8-Gipfel) für Deutschland zu erreichen. Die VMK weist darauf hin, dass in allen Sektoren unter Einschluss von Forschung und Entwicklung verstärkte Anstrengungen nötig sind, um die Ziele zu erreichen. Sie empfiehlt, dass die Strategie aus ordnungsrechtlichen Vorgaben und Anreizsystemen zur Senkung des Kraftstoffverbrauchs weiter verfolgt werden sollte. Die VMK weist jedoch auch darauf hin, dass die gesamtwirtschaftlichen Kosten für die CO₂-Minderung möglichst gering bleiben und mit einer hohen Anpassungsflexibilität der Beteiligten erreicht werden sollten. Insbesondere im Einsatz steuerlicher Lenkungs- und Anreizsysteme sowie in einer schrittweisen steuerlichen Harmonisierung auf europäischer Ebene sieht die VMK wichtige Instrumente zur Erreichung der Klimaschutzziele im Verkehr. Einen weiteren Beitrag solle die Beseitigung von Schwachstellen im Verkehrsnetz, wie chronisch überlastete Teilnetze von Straße und Schiene, leisten. Damit ließe sich auch der Modal Split zu Gunsten der öffentlichen Verkehrssysteme erreichen. Schließlich weist die VMK auch darauf hin, dass Regelwerke zur Schaffung verkehrsvermeidender Siedlungsstrukturen weiter zu entwickeln seien, um zur Intensivierung der Strategie der „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ beizutragen.

Masterplan Güterverkehr und Logistik

Im I. Quartal 2008 soll ein Masterplan „Güterverkehr und Logistik“ vom BMVBS vorgelegt werden. Der Arbeitskreis „Schifffahrt, Häfen, Güterverkehr, intermodaler Verkehr und Logistik“ der VMK soll eine Bewertung für die Frühjahrskonferenz 2008 vornehmen.

Straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung von Lärm gem. § 45 StVO

Das BMVBS hat eine Richtlinie „Straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung von Lärm gem. § 45 Straßenverkehrsordnung“ erarbeitet. Die VMK bittet das BMVBS, die Richtlinie in Kraft zu setzen (Die Richtlinie liegt der Hauptgeschäftsstelle nicht vor).

Alle Gt-Infos sind ausschließlich für den internen Gebrauch durch die Mitglieder bestimmt.
Weitergabe ist nur mit Zustimmung des Gemeindetags zulässig.

Sanktionsniveau für schwere Verkehrsverstöße

Die VMK hält eine weitere Steigerung der Effektivität der Verkehrsüberwachung für erforderlich. Dabei soll an der Orientierung an örtlichen Gefahrenstellen sowie an der Schwerpunktsetzung an Hauptunfallursachen und der Überwachung des gewerblichen Straßenverkehrs festgehalten werden. Einer differenzierten Anhebung der Geldbußen für schwere Verkehrsverstöße, wie vom BMVBS in einem Entwurf vorgeschlagen, schließt sich die VMK an. Die VMK stellt fest, dass die Gebietskörperschaften ihre Einnahmen aus Verkehrsordnungswidrigkeiten zu erheblichen Teilen für die Verkehrssicherheit ausgeben sollten.

Modulare Nutzfahrzeuge

Die VMK wendet sich gegen die Weiterführung von Modellversuchen mit sog. modularen Fahrzeugkonzepten (Riesenlaster). Hierzu siehe DStGB aktuell 4107-10.

Verkehrsinfrastrukturfinanzierung

Die VMK stellt fest, dass die Verkehrsinfrastrukturfinanzierung trotz steigender Mauteinnahmen nicht ausreichend ist. Die Investitionssumme müsse um 1 Mrd. Euro pro Jahr ab 2008 steigen. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages wird aufgefordert, mehr Finanzmittel zur Verfügung zu stellen und langfristig für Planungssicherheit durch Verstetigung der Finanzausweisungen im Bereich des Neu- und Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur sowie der Erhaltung von Bundesfernstraßen und Schienenstrecken Sorge zu tragen.

Die Beschlüsse der VMK vom 09. und 10. Oktober 2007 sind unter folgender Internetadresse auf den Seiten des Deutschen Bundesrates veröffentlicht:

<http://www.bundesrat.de/fachministerkonferenz/okt2007>

Alle Gt-Infos sind ausschließlich für den internen Gebrauch durch die Mitglieder bestimmt.
Weitergabe ist nur mit Zustimmung des Gemeindeforums zulässig.

Herausgeber Gt-info:

Gemeindeforum Baden-Württemberg
Panoramastr. 33, 70174 Stuttgart
Telefon: 0711 / 2 25 72 - 0
Telefax: 0711 / 2 25 72 - 47
Internet: <http://www.gemeindeforum-bw.de>
E-Mail: zentrale@gemeindeforum-bw.de